



EZA-Seminar „Auswege aus der Wirtschafts- und Finanzkrise – Welche Handlungsspielräume ergeben sich für die Sozialpartner?“

München, 13. – 15. März 2009

Probleme müssen solidarisch gelöst werden

Lösungsvorschläge für die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zu finden und Handlungsempfehlungen für Sozialpartner und Politik zu erarbeiten, waren die Ziele des EZA-Seminars zur Finanz- und Wirtschaftskrise, das vom 13. bis 15. März 2009 in München stattfand und in Zusammenarbeit mit dem Fritz-Pirkl-Institut des Europäischen Zentrums für Arbeitnehmerfragen in Bayern und der CSA organisiert wurde.

Alois Glück, Präsident a.D. des Bayerischen Landtags und Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission, sieht in der Krise auch eine Chance. Er vertrat in seinem Grußwort die Ansicht, eine grundsätzliche gesellschaftliche Debatte sei notwendig, um wieder eine Verbindung von Leistung und Solidarität sowie von Freiheit und Verantwortung zu schaffen. Ein starkes, handlungsfähiges Europa sei in dieser Situation wichtig wie nie zuvor.

Namhafte Referenten analysierten anschließend die gegenwärtige Situation und die Auswirkungen der Krise auf unterschiedlichen Ebenen.

So unterstrich Ivan Van de Cloot, Chefökonom vom Itinera Institute (Brüssel), dass Missmanagement für die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise entscheidend war. In kürzester Zeit Gewinne erzielen zu wollen, ohne auf die Stabilität des Systems Rücksicht zu nehmen, habe zu einem Kollaps des transaktionsbasierten Kapitalismus geführt. Er forderte die Schaffung von Rating Agenturen, die von den Banken unabhängig sind, eine Begrenzung der Größe von Banken und schlug vor, die Boni der Manager nicht wie bislang von Kurzzeiterfolgen abhängig zu machen, sondern sie an die langfristige Gesundheit der Banken zu knüpfen.

Fritz Schösser, Vorsitzender des DGB-Bezirks Bayern forderte eine Rückkehr zu Ethik und Moral. Konzernumbaustategien hätten in der Vergangenheit nur der Profitmaximierung gedient, nicht der Sicherung von Arbeitsplätzen oder Innovation. Er sprach sich gegen schrankenlose Gewinne bei beschränkter Haftung aus und forderte, dass Aufsichtsräte großer Unternehmen und Banken nicht mehr identisch sein dürften. Das große Problem sind seiner Meinung nach unterschiedliche Wirtschaftsregeln auf nationaler, regionaler und globaler Ebene.

Jean Paul Fabri vom Büro des Premierministers von Malta erläuterte, von seiten des Staates sei die oberste Handlungsmaxime lokal handeln. Die Wirtschaft müsse restrukturiert werden, um Abhängigkeit zu minimieren. Es müsse in hochwertige Produkte und Dienstleistungen investiert werden, um Arbeitsplätze in diesen Bereichen zu schaffen. Außerdem müsse in Bildung investiert und das Vertrauen der Bürger in den Staat zurück gewonnen werden.

Auch Daniel Navas Vega vom ILO-Bildungsinstitut (Turin) forderte eine Rückkehr zu Normen und Werten zur Stärkung der Unternehmensverantwortung und der staatlichen Regulierungsfunktion, außerdem dürften die Kontrollinstanzen nicht fragmentiert werden. Des Weiteren müsse mehr Wert auf die Schaffung grüner Arbeitsplätze und eine nachhaltige Klimapolitik gelegt werden.

Ehrengast Elmar Brok, MdEP und Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, unterstrich, dass Protektionismus keine Lösung für die aktuelle Krise sei. Man müsse sich auf einheitliche Regeln und Kontrollen des Finanz- und Versicherungsmarkts auf europäischer und internationaler Ebene einigen. Europa müsse seine Wirtschaftskraft einsetzen, um zur Lösung der Probleme beizutragen. Dazu seien auch größere Investitionen in Bildung nötig, um auf lange Sicht wettbewerbsfähig zu bleiben.

Dr. Gabriele Stauner, MdEP und Vorsitzende der CSA, forderte einen kompletten Umbau der Lissabon-Strategie, die den neuen Bedürfnissen angepasst werden müsse: „Die Finanzkrise hat das europäische „Credo“ des schrankenlosen Wettbewerbs als wohlstandsgefährdend und arbeitsplatzvernichtend entlarvt. Eine Neudefinition der „Lissabon-Strategie“, weg von der Auffassung, Wettbewerb als Alleinregulativ des Marktes zu begreifen, hin zu einer eindeutigen Ausrichtung auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, ist daher notwendig.“ Außerdem müsse sich Europa auf seine Bedeutung als Wertegemeinschaft zurückbesinnen.



*Dr. Gabriele Stauner, MdEP und Vorsitzende der CSA,
sowie Raf Chanterie, Präsident von EZA [von links nach rechts]*

Rudolf Strohmeier, Kabinettschef von EU-Kommissarin Viviane Reding, forderte die Schaffung einer europäischen Finanzaufsicht und Regulierungsbehörde. Die Kommission werde Ende Mai einen diesbezüglichen Vorschlag machen. Außerdem müssten Sanktionsmaßnahmen gegen Fehlverhalten im finanziellen Bereich eingeführt werden. Der EU-Binnenmarkt dürfe durch die Krise nicht kaputt gehen, Protektionismus sei keine Lösung. Einzelstaatliche Maßnahmen würden durchaus auch anderen Ländern helfen, z.B. die deutsche Abwrackprämie. Europa sei nur

gemeinsam stark, die europäischen Wertevorstellungen müssten gemeinsam eingebracht werden.



Rudolf Strohmeier, Kabinettschef von EU-Kommissarin Viviane Reding, und Raf Chanterie, Vorsitzender EZA [von links nach rechts]

In den Diskussionen unterstrichen die Seminarteilnehmer, eine Rückbesinnung auf den europäischen Wertekanon sei wichtig für die Lösung der Probleme. Wenn eine gemeinsame europäische Politik die Lösung für die Finanz- und Wirtschaftskrise sei, müssten die Einzelstaaten das akzeptieren. Die Schaffung einer europäischen Regulierungsbehörde sei nötig, damit über die Steuersysteme gleiche Bedingungen für alle geschaffen werden, um so systemische Risiken abzubauen. Außerdem wurde eine zusätzliche Steuer auf Spekulationen vorgeschlagen. Als wichtig wurde auch die Einbeziehung der Sozialpartner in den Diskussionsprozess zur Lösung der Krise erachtet. Große Kritik wurde an der internationalen Presse geübt, die ihre Kontrollfunktion nicht wahrgenommen habe und ihrer Informationspflicht nicht nachgekommen sei.

In Länderberichten aus Tschechien (Bedřich Vymětalík, KAP), Spanien (António Munso Prat, CEEFT), Litauen (Neringa Sarulyte, LDF) und Frankreich (Joseph Thouvenel, CFCI) wurde über die Handlungsmöglichkeiten der Regierung und Sozialpartner in den vier Ländern referiert, über die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt und für die Arbeitnehmer, sowie auf besonders betroffene Sektoren eingegangen.



Roswitha Gottbehüt, Generalsekretärin EZA und die Länderreferenten:
für Tschechien **Bedřich Vymětalík**, KAP; für Spanien **António Munso Prat**, CEEFT;
für Litauen **Neringa Sarulyte**, LDF und für Frankreich **Joseph Thouvenel**, CFCI
[von links nach rechts]

Im Mittelpunkt der Arbeitsgruppen stand die Ausarbeitung einer gemeinsamen Abschlusserklärung mit Handlungsempfehlungen für Politik und Sozialpartner.



Berichtersteller: John Zammit, AZAD; **Andrea Cornea**, CSDR;
António Moura Teixeira, FIDESTRA; **Martin Schwarz**, EUCDA
[von links nach rechts]

In einem Streitgespräch zwischen Egbert Biermann, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands der IG Bergbau, Chemie und Energie, Tomasz Różniak, Direktor der Fundacja Nowy Staw, Polen, und Gerrit Terpstra, Mitglied des niederländischen Parlaments, das vom ehemaligen EZA-Generalsekretär Joachim

Herudek moderiert wurde, wurden sozialetische Anmerkungen zum Thema Finanz- und Wirtschaftskrise gemacht. Im Mittelpunkt der Überlegungen standen dabei die kirchliche Eigentumslehre, gerechter Lohn und Wirtschaftsethik. Die Gesprächsteilnehmer forderten eine Änderung des aktuell vorherrschenden Finanz- und Wirtschaftssystems, eine Stärkung der Rolle der Sozialpartner und eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik in Europa. Jeder einzelne Bürger trage eine große Mitverantwortung, z.B. in Bezug auf das Thema Nachhaltigkeit. Diskutiert wurde auch der Vorschlag, einen Weltwirtschaftsrat zu schaffen, der beispielsweise von der ILO unterstützt wird, von anderen Weltorganisationen, wie der Weltbank, aber abgelehnt wird. Des Weiteren müssten in den Sozialen Dialog neben den Gewerkschaften auch Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Arbeitnehmerfragen befassen, besser eingebunden werden.



Die Maßnahme wurde von der Europäischen Gemeinschaft finanziell unterstützt.